



Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

E. 21.6.10

StPräs / 1. StR / StR / Obm
ul. Nr. 7 22.06.10

Antrag zur öffentlichen Ratsversammlung am 6. Juli 2010

Die Ratsversammlung möge beschließen:

0091/2008/An

Kommunale „Schuldenbremse“ in der Verfassung verankern

Die Ratsversammlung Neumünster beauftragt den Oberbürgermeister, sich dafür einzusetzen, dass der Städtetag für die folgenden Punkte eintritt:

- Die Aufnahme einer Regelung in der Landesverfassung sowie im Grundgesetz, die die „Schuldenbremse“ entsprechend der Landesregelung auch in den Kommunen in festgelegten zehn Jahresschritten so umsetzt, dass die Kommunalhaushalte ab 2020 ohne neue Schulden auskommen.
- Eine Vereinbarung mit dem Land, die finanzschwache Städte auf diesem Weg unterstützt und begleitet.
- Die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds für die Kommunen durch das Innenministerium des Landes bzw. durch den Bund.
- Die Beseitigung der Folgen der Einnahmeverluste der Kommunen aus den Steuerrechtsänderungen 2008 sowie aus dem Konjunkturbeschleunigungsgesetz 2009 (durch Rücknahme oder entsprechende Kompensation).
- Die Überprüfung der Höhe des pauschalen Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich auf Grund der Änderung der Rahmenbedingungen für Land und Kommunen.

Begründung:

Die im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerte „Schuldenbremse“ hat dazu geführt, dass es zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine ernsthafte Debatte über nachhaltige Finanzpolitik gibt. Dabei steht die Einnahme- und Ausgabenlage der öffentlichen Haushalte zur Diskussion.



Die schleswig-holsteinischen Kommunen haben in den letzten Jahren erheblich unter den Folgen von Bundes- und Landesgesetzgebung gelitten, auch in Neumünster ist die Erfüllung der Daseinsvorsorge gefährdet. Es steht zu befürchten, dass sich Land und Bund durch die verfassungsmäßig verankerte „Schuldenbremse“ mittelfristig entschulden, während die Kreise und Kommunen hingegen zunehmend Schuldenberge anhäufen. Kreise und Kommunen sind nicht in die neue Schuldenregelung einbezogen worden, ihre Einnahmen reichen aber für die Finanzierung überwiegend zugewiesenen Aufgaben nicht aus.

Neumünster, den 21. Juni 2010

Sebastian Fricke und Fraktion